

## Interview

München Seite 6, Bayern Seite 6

## „Für die Wettbuden muss der Staat nicht haften“

Sahra Wagenknecht, stellvertretende Partei- und Fraktionschefin der Linken, hält der Regierung vor, mit ihrer Politik nur den Banken zu helfen. Diese seien aber mitschuldig an der Krise. Und am Ende müssten wieder mal die kleinen Leute zahlen

INTERVIEW: DANIEL BRÖSSLER UND  
CLAUS HULVERSCHEIDT

**SZ: Frau Wagenknecht, wann genau haben Sie Ihre Liebe zur Marktwirtschaft entdeckt?**

Wagenknecht: Märkte sind nicht das Problem. Der Kapitalismus ist das Problem, die Bereicherung weniger auf Kosten der Mehrheit. Das will ich überwinden. Wo Märkte funktionieren und ihren Platz haben, erfüllen sie eine wichtige Funktion. Nichts zu suchen haben sie, wo es um elementare Güter geht wie Gesundheit, wie Bildung...

**... wie Finanzen?**

Es spricht viel dafür, dass auch Finanzen ein öffentliches Gut sind, das man nicht Märkten überlassen sollte. Zumal der Finanzmarkt ohnehin kein funktionierender Markt ist.

**Was sagen Ihre alten Mitstreiter von der Kommunistischen Plattform zu Ihren Thesen. Folgen die Ihnen?**

Jeder Linke sollte sich die Offenheit bewahren, auch in anderen politischen und ökonomischen Konzepten Ansätze zu entdecken, die richtig und unterstützenswert sind.

**Ist Sahra Wagenknecht neuerdings eine Liberale?**

Der klassische Liberalismus ist ja eine der Wurzeln des Marxismus. Der heutige Neoliberalismus hat mit diesen Traditionen nichts mehr zu tun. Übrigens auch nichts mit dem Erbe der alten Bundesrepublik. Ludwig Erhard wollte „Wohlstand für alle“. Das Credo von Frau Merkel lautet eher „Schulden für alle“, also die europaweite Sozialisierung der Zockerschulden der Banken.

**Sie sehen die Gesellschaft in einem Verteilungskrieg. Heißt so der neue Klassenkampf?**

Sie können das gern auch Klassenkampf nennen, allerdings wird er fast nur von oben geführt. Mittelständische Unterneh-

**„Es spricht viel dafür, dass auch die Finanzen ein öffentliches Gut sind“**

men gehören ebenso zu den Verlierern wie Beschäftigte, Rentner, Arbeitslose. Absurd ist, wie wenig Menschen von der heutigen Wirtschaftsordnung profitieren. Letztendlich nur das obere Prozent – die Geldelite der Millionäre und Multimillionäre.

**Warum so martialisches Vokabular?**

Der Begriff Verteilungskrieg entspricht der Brutalität, mit der in Europa die Sozialsysteme und die Mittelschichten zerschlagen werden. Viele, die heute in Griechenland oder Spanien ihr Haus verlieren, gehörten noch vor Kurzem zum Mittelstand. Die aktuelle Politik bedroht auch in Deutschland den Wohlstand von Mehrheiten.

**Was ist so falsch am Konzept der Bundesregierung zur Euro-Rettung?**

Die Bundesregierung vergemeinschaftet die Schulden der Staaten, um Banken und Hedgefonds vor Verlusten zu schützen. In Zukunft sollen sogar Bankschulden direkt dem europäischen Steuerzahler aufgelastet werden. Gleichzeitig werden die Länder mit Kürzungsdiktaten immer tiefer in die Krise getrieben. Das verringert die Chance, dass sie ihre Schulden bedienen können. Am Ende wird der Steuerzahler für Hunderte Milliarden geradestehen müssen. In Griechenland ist es bald so weit. Wenn wir dieses grandiose Konzept jetzt in Spanien und Italien wiederholen, ist auch Deutschland pleite.

**Gut, dann sprechen wir über Ihr Konzept. Wie wollen Sie den Euro retten?**

Die Staaten müssen aufhören, Schulden zu bedienen, die aufgrund der Finanzspekulation entstanden sind. Bisher läuft es doch so: Die Banken beteiligen sich an jeder Blase und machen riesige Gewinne. Platz die Blase, rettet der Staat die Banken. Dafür verschuldet er sich – bei den Banken. Und weil die irgendwann an seiner Zahlungsfähigkeit zweifeln, muss er ihnen immer höhere Zinsen zahlen. Das ist pervers. Was die Staaten brauchen, ist ein deutlicher Schuldenschnitt.

**„Die Banken beteiligen sich an jeder Blase und machen riesige Gewinne“**

**Dann sind alle Banken in Europa pleite und die Versicherungen dazu.**

Es gibt weite Bereiche im heutigen Finanzsektor, die kein Mensch braucht und bei denen es nur gut wäre, wenn sie verschwänden. Aus den Banken herausgelöst und öffentlich abgesichert werden müssen die Funktionen, die elementar sind für die reale Wirtschaft. Also die Einlagen der Bürger, der Zahlungsverkehr und die Kreditvergabe an die Realwirtschaft. Für die Wettbuden, also das Investmentbanking und die Derivate-Spekulation, muss der Staat nicht haften. Wenn das Eigenkapital aufgebracht ist, müssen eben die Gläubiger ran – also diejenigen, die Bankanleihen halten.

**Die werden also enteignet?**

Wieso Enteignung? Das ist Marktwirtschaft. Geht ein normales Unternehmen pleite, kommt ja auch nicht der Staat, sondern die Gläubiger bluten.

**Wie wollen Sie verhindern, dass die Menschen in Panik ihre Guthaben abziehen?**



Die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht im Berliner Regierungsviertel an der Spree: Die Quellen des Marxismus, sagt sie, liegen auch im Liberalismus. Und sie zitiert Ludwig Erhards Maxime „Wohlstand für alle“.

FOTO: DOMINIK BUTZMANN/LAF

Die Insolvenz wäre ja nur eine technische Sekunde lang. Sofort danach garantiert der Staat die Sparguthaben bis zu einer bestimmten Größe, vielleicht bis zu einer Million Euro. Die Insolvenz ist nötig, damit nicht Milliardengräber wie die Hypo Real Estate entstehen, bei denen der Staat für alles haftet, selbst noch für die üppigen Pensionen der Pleitemanager.

**Es waren nicht die Banken, die den Staaten ihr Geld aufgezogen haben, sondern es waren die Staaten, die Geld gebraucht haben. Verwechseln Sie nicht Ursache und Wirkung?**

Nein. Explodiert ist die Staatsverschuldung seit 2008. In der Euro-Zone hatten wir 2008 im Schnitt 60 Prozent Staatsver-

schuldung, heute sind es mehr als 80 Prozent. In Spanien waren es nur 36 Prozent, das Land hatte kein Schuldenproblem.

**Ja, weil die Immobilienblase noch nicht geplatzt war.**

Stimmt, aber die hat nicht der Staat, die haben die Banken zu verantworten...

**Hat nicht gerade der spanische Staat den Hype um die Immobilien massiv gefördert?**

Nicht der Staat, die Bank ist verantwortlich, wenn sie Kredit gibt. Allen war doch klar, dass das eine Blase ist. Sie haben wie in den USA mitgemacht, weil sie damit riesige Gewinne erwirtschaftet haben. Aber die Vermögen, die im Zuge der Krise entstan-

den sind, werden bis heute nicht herangezogen.

**Und in Griechenland waren auch die Banken schuld?**

Zumindest haben die Banken die griechische Verschuldung über Jahre hinweg freiwillig finanziert. Verantwortlich für den Schuldenanstieg ist dort vor allem ein abstruses Steuersystem, in dem Reiche nahezu nichts zahlen. Aber daran hat sich bis heute kaum etwas geändert. Die Staaten, die unter den Rettungsschirm gehen, werden ja nicht unter Druck gesetzt, Vermögenssteuern zu erheben oder die Spitzensteuersätze zu erhöhen. Es geht hier immer nur um Kürzungen zulasten der kleinen Leute.

**Kürzungen müssen nicht immer falsch sein, oder stimmt es nicht, dass der Staatsapparat in Griechenland aufgebläht war?**

Sicherlich gibt es im griechischen Staatsapparat Bereiche, die aufgebläht wurden, um Leute unterzubringen. Wenn aber nun pauschal 150 000 Leute aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden sollen, bei einer Rekordarbeitslosigkeit, trägt das zur Verschärfung der Krise bei.

**Gehört zur Ehrlichkeit nicht das Eingeständnis, dass Griechenland ein gescheiterter Staat ist?**

Wenn daraus der Schluss gezogen würde, die Verantwortlichen und Profiteure zur Rechenschaft zu ziehen, wäre das richtig. Aber der einfache Grieche, dem jetzt der

**„Der einfache Grieche gehörte wohl kaum zu den Profiteuren“**

Mindestlohn gekürzt wird, gehörte wohl kaum zu den Profiteuren. Und die Erfahrung zeigt, dass Schuldenkrisen durch Kürzungen weiter eskalieren.

**Die baltischen Staaten haben das Gegenteil bewiesen.**

Ja, aber mit eigenen Währungen. Auch Estland war da noch nicht im Euro. Mit der Abwertung der eigenen Währung können Sie die Exporte ankurbeln. Durch die Kürzung von Löhnen wird Griechenland aber bestimmt nicht zum Exportweltersteiler. Griechenland braucht Investitionen.

**Schauen wir auf die Lage nach Ihrem Schuldenschnitt. Wie wollen Sie verhindern, dass die Staaten sich gleich wieder massiv verschulden? Alle zehn Jahre ein Schuldenschnitt?**

Wir brauchen ein neues System der Staatsfinanzierung. Jeder der von der Weisheit der Märkte schwadroniert, muss mir erklären, wie der spanische Zinssatz innerhalb weniger Monate von zwei auf fast acht Prozent steigen kann.

**Wir versuchen es: Der Zins steigt, weil das Vertrauen schwindet.**

Was war vor drei Monaten fundamental anders als jetzt? Das Problem spekulativer Märkte ist, dass sie selbstverstärkend zur Hysterie neigen. Demokratische Staaten müssen von dieser Abhängigkeit befreit werden. Der einfachste Weg wären Direktkredite der EZB innerhalb bestimmter Limits, je nach Konjunktur.

**Es stört Sie nicht, dass die Schulden wieder steigen würden?**

Wenn wir die Staaten von der Zinstreiberei der Märkte befreien, müssen wir den Schuldenanstieg durch eine strikte Defizitregel und eine vernünftige Steuerpolitik begrenzen.

**Hat nicht Staatsfinanzierung durch Notenbanken in der Vergangenheit oft Inflation ausgelöst?**

Das ist ein Märchen, das die Banken gerne erzählen, um weiter an den Staatskrediten zu verdienen. Ein wesentlicher Schuldentreiber fielen jedenfalls weg: die hohen Zinsen.

**Was Sie sagen, klingt nach mehr Staat, aber nicht unbedingt nach mehr Europa. Wie europäisch ist die Linke?**

Zugespielt könnte man sagen: Wir sind die einzige wirklich europäische Partei, weil man mit unserem Konzept ein Europa der Demokratie und des Sozialstaats tatsächlich retten könnte.

**Die Linkspartei klagt beim Verfassungsgericht in Karlsruhe stets, wenn sie die deutsche Souveränität bedroht sieht. Was halten Sie von einem europäischen Bundesstaat?**

Ich glaube nicht, dass er demokratisch organisierbar wäre. Das Europäische Parlament ist viel zu weit weg von den Wählern. Wir brauchen ein Europa der Staaten, die in sich als Demokratien organisiert sind,

**„Von Zentralbankern, die in die Staaten hineinregieren, halte ich gar nichts“**

und wir brauchen gemeinsame Regeln in diesem Europa. Mindeststeuersätze auf Gewinne, Kapitalerträge und Vermögen, eine Sozialunion, eine Lohnentwicklung, die sich überall an der Produktivität orientiert. Von machtvollkommenen Kommissaren und Zentralbankern, die in die Staaten hineinregieren, halte ich gar nichts.

**Lassen Sie uns zum Schluss über Ihre eigenen Pläne sprechen. Übernehmen Sie zusammen mit Gregor Gysi die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl 2013?**

Das steht jetzt nicht an. Unsere Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben angekündigt, dass der Parteivorstand rechtzeitig einen Vorschlag machen wird.

**Dann versuchen wir es wenigstens mit den längerfristigen Plänen: Finanzministerin – wäre das was?**

Wenn Sigmar Gabriel sein von uns abgeschriebenes Bankpapier ernst meinen würde, müsste ich mich in dieser Perspektive vielleicht ernsthaft befassen. Aber solange die SPD brav jedem europäischen Bankenrettungsprogramm von Frau Merkel zustimmt und dafür endlose Steuermilliarden verbrät, wird sich diese Frage wohl kaum stellen.